

# It's our Europe!

Forum for Young People on Participation in Europe



## Your results phase 1+2+3 for the topic: **Europe and democracy – Europa und Demokratie - Europe et démocratie**

- I - DFJW-Seminar :  
*Welches Europa soll es sein?*
- II - Citizen for Europe e.V. :  
*Unionsbürgerschaft und Wahlrecht in der EU*
- III - Junge Europäische Föderalisten Deutschland e.V. :  
*Federal Europe*
- IV - United Explanations  
*Communicating Europe*
- V - Friedrich-Schiller-Gymnasium, Ludwigsburg  
*Soll die Türkei EU-Mitglied werden?*
- VI - Meeting Point Music Messiaen, Görlitz-Zgorzelec  
*Ausgangssituation der Europastadt Görlitz-Zgorzelec*



LUDWIGSBURG

dfi

Deutsch-  
Französisches  
Institut

# DFJW-Seminar

---

## Welches Europa soll es sein?

Eines ist klar, Europa soll es sein! Gefragt wird nach dem Modell: „A la française oder doch lieber Made in Germany?“ Wenn heute Frankreich im Alleingang die Einführung von Transaktionssteuern oder Deutschland den Atomausstieg ankündigt, rufen diese unilateralen Handlungen augenblicklich Reaktionen von der anderen Rheinseite hervor. Besteht denn in der Europafrage überhaupt noch die Möglichkeit, jeder nach seiner Façon selig zu werden?

In unserer Projektgruppe untersuchen wir deutsche und französische Europakonzeptionen vor dem Hintergrund des europäischen Integrationsprozesses, wobei wir auf die historische, politische und wirtschaftliche Dimensionen dieser Ideen und deren Auswirkung auf die EU 27 eingehen.

## Ergebnisse der Phase 1

Bei unserem Thema handelt es sich nicht um eine Krisensituation per se. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, die verschiedenen Konzeptionen, die Deutschland und Frankreich von Europa haben, zu analysieren und zu hinterfragen. Die divergierenden Ansätze der beiden Kernländer Europas sind historisch und kulturell begründet und gewachsen: Während Deutschland seit Beginn die Vertiefung und Erweiterung der EU - vor allem im Hinblick auf die wirtschaftlichen Vorteile durch einen größeren Binnenmarkt - stets begrüßt hat, steht Frankreich dem „Konstrukt Europa“ skeptischer gegenüber. Die Franzosen betrachten das stete Zusammenwachsen Europas auch als Gefahr des Verlustes nationaler Souveränität, und sie betrachten mitunter die wirtschaftliche Stärke - manche reden gar von einer „Übermacht“ - Deutschlands und dessen Vormachtstellung in Europa mit Argwohn. Diese kurze und sehr überspitzte Betrachtung der Europakonzeptionen von Frankreich und Deutschland hat sich im Laufe der Jahrzehnte jedoch auch gewandelt und hängt von diversen Einflussfaktoren ab (wie beispielsweise der jeweiligen Regierungspartei, der innenpolitischen Situation, gesellschaftlicher Umbruchs-Phasen, der wirtschaftlichen Gesamtsituation, etc.). Die Grundansätze der beiden Länder sind jedoch stabil geblieben.

Ferner lässt sich am Beispiel dieser vergleichenden Betrachtung von Deutschland und Frankreich auch die Frage unterschiedlicher Europakonzeptionen in einen größeren Rahmen stellen und sie auf die EU 27 ausweiten. Jedes Land hat eine eigene Konzeption und Einstellung zum steten Zusammenwachsen Europas. Je nach geographische und historische Bedeutung des jeweiligen Landes innerhalb Europas ist das Interesse an einer Vertiefung unterschiedlich stark ausgeprägt. In diesem Sinne handelt es sich bei unserem Diskussionsthema um ein wahrhaft europäisches Thema und sicherlich schwingt hierbei, wie auch bei allen anderen europäischen Angelegenheiten oftmals die Sorge der restlichen EU-Länder mit, dass Deutschland und Frankreich eigentlich die europäische Frage unter sich ausmachen und als alleinige handlungsmächtige Akteure und Vetospieler auftreten. Fraglich ist, ob diese Leitfunktion des deutsch-französischen Paares tatsächlich ausnahmslos diskreditiert wird oder unter bestimmten Umständen toleriert, oder gar erwünscht ist. (1)

Es darf nicht darum gehen, unterschiedliche Europakonzeptionen „glattzubügeln“ und zu vereinheitlichen. Vielmehr muss man die Vielfalt der europäischen Länder in Bezug auf deren Einstellungen, Perspektiven und Handlungsansätzen zu Europa als Bereicherung wahrnehmen. Daher ist es in unseren Augen wichtig, ein Bewusstsein zu schaffen dafür, dass „Europa“ nicht von allen BürgerInnen und Ländern als eine „Einheit“ oder als gleiches Gebilde angesehen wird. Vielmehr unterliegt den verschiedenen Europakonzeptionen die Dynamik und die Lebhaftigkeit,

aus der Europa seine Kraft schöpft und weiter wachsen und - hoffentlich auch - gedeihen kann. Gleichzeitig ist uns durchaus ersichtlich, dass dieser Wettbewerb der Europakonzeptionen lediglich auf der Grundlage eines gemeinsamen Wertekatalogs (Demokratie, Rechtsstaatsprinzip, Menschenrechte, etc.) stattfindet, der als Mindeststandard dient und unsere Zusammenarbeit überhaupt ermöglicht.

Ob Europa nun auf eine mögliche politische Union, auf die „Vereinigten Staaten Europas“ zusteuert oder vielmehr durch die derzeitige Schulden-, €- und Griechenlandkrise stärker nationale Tendenzen Oberhand gewinnen, ist nicht eine Frage, die von den einzelnen EU-Mitgliedsländern entschieden werden kann. Europa besteht aus derzeit 27 Staaten und soweit nicht alle mehr oder minder an einem Strang ziehen, wird diesem politischen supranationalen Gebilde eine schwere Zukunft bevorstehen. Heute wird man sich besonders bewusst darüber, wie interdependent die Mitgliedsländer sind, wodurch jegliches eigenmächtiges Handeln oder Ignorieren der aktuellen Probleme anderer EU-Länder keine Lösung und gemeinsames Handeln aller erforderlich ist.

---

(1) „Ich bin wahrscheinlich der erste polnische Außenminister der Geschichte, der das sagt, aber hier ist es: Ich fürchte mich weniger vor Deutschlands Macht, sondern beginne mich mehr vor Deutschlands Untätigkeit zu fürchten. Sie sind Europas unverzichtbare Nation geworden. Sie dürfen bei der Führung nicht versagen. Nicht dominieren - sondern führen bei den Reformen. Vorausgesetzt, Sie binden uns bei Entscheidungen ein, wird Polen Sie unterstützen.“

(Polnischer Außenminister Radoslaw Sikorski, 30.11.2011)

## Ergebnisse der Phase 2

Unsere Hauptaufgabe liegt darin, die europäische (1) Vielfalt effektiv zu koordinieren, sodass die EU unsere gemeinsamen Interessen verfolgen und umsetzen kann, sowie uns in der internationalen Arena vertreten kann. Sowohl auf zivilgesellschaftlicher als auch institutioneller Ebene muss diese Aufgabe delegiert werden, wobei nicht in Vergessenheit geraten darf, dass alle europäischen Institutionen im Grunde direkt (Parlament, Ausschuss der Regionen, etc.) oder indirekt (Europäische Rat, Rat, Kommission, etc.) legitimierte Repräsentationen der Zivilgesellschaft sind – nicht umgekehrt!

Die Beteiligung dieser Instanzen am europäischen Entscheidungsfindungsprozess muss immer mehr demokratisiert (->bürgernäher) werden. Das Monopol des Initiativrechts bei der Gesetzgebung, das derzeit bei der Kommission liegt, sollte von einer Institution ausgeführt werden, die direkt vom Unionsvolk gewählt wurde. Daraus folgt, dass entweder die direkte Wahl der Kommissare eingeführt werden muss oder das Initiativrecht an das Parlament transferiert wird. Jede europäische Lösung sollte überhaupt vom europäischen Parlament als bisher die einzig direkt gewählte Institution, die somit die allerhöchste demokratische Legitimation genießt, abgesegnet werden. Im Zuge der Demokratisierung des institutionellen Baus der EU sollte ein gemeinsames Unionswahlrecht etabliert werden, idealerweise mit einem gemeinsamen Kandidatenkatalog, sodass diejenigen Unionsbürger, die deren Interessen im nationalen Kontext nicht angemessen geäußert sehen, jedoch aber in einem anderen Mitgliedstaat, ihrer europäischen Meinung Ausdruck verleihen können.

Nachhaltige europäische Lösungen entstammen der öffentlichen Meinung, „global public square“. Grundsätzlich entscheidet also die Zivilgesellschaft (Unionsbürger, Verein, Stiftung, NRO, Unternehmen, Medien, soziale Netzwerke, Internet etc.), die eine immerwährende kritische und konstruktive Kontrolle über ihre eigene Repräsentation in den Institutionen ausübt und optimiert.

Die Europäische Solidarität ist das Fundament, auf dem die Koordination der europäischen Vielfalt überhaupt stattfinden darf und kann. Sie verlangt nach einer Wandlung in den Köpfen, die Mauern und jegliche Vorbehalte abschafft und die Bereitschaft zum Dialog im Alltag, zur Einbeziehung des Andersdenkenden, zum zivilen und friedlichen Umgang mit dem anderen, auch unter Umständen, wo man diametral auseinandergehende Meinungen vertritt, anschaft.

Standhaftigkeit im Bezug auf seine eigenen Kernwerte und Kompromissbereitschaft sollen die europäische Mentalität auszeichnen, die zum Erhalt unserer Vielfalt dient.

Wir wollen am Ende noch einmal unterstreichen: Die europäische Vielfalt ist kein Problem! Es ist unser Umgang mit der Vielfalt, der uns europäisiert.

### Ergebnisse der Phase 3

Unsere Gruppe „Welches Europa soll es sein?“ beschäftigte sich nun mit der Frage wie der oder die Einzelne dazu beitragen kann, dass mehr Europabewusstsein entsteht. Dabei haben wir verzichtet zwischen Jugendlichen und Nicht-Jugendlichen zu unterscheiden, denn Jugendliche sind zwar ‚die Zukunft‘, aber zeitgleich Vollbürger von heute, somit haben sie Rechte und Pflichten, die ihnen zustehen!

Wir denken, dass die Sensibilisierung für die EU-Ebene zum größten Teil Aufgabe der Bildungseinrichtungen ist. Der Bildungssektor müsste demnach auch ausreichend finanziert werden! In der Schule sollte europaweit wie in den Vereinigten Staaten das Schulfach „US History“ unterrichtet wird, das Fach „EU Geschichte“ eingeführt werden. Außerdem sollte vor dem Mittleren Schulabschluss mindestens eine Klassenfahrt in ein EU Nachbarland verpflichtend organisiert und durchgeführt werden. In der Sekundarstufe könnte man jederzeit Aufgaben, wie etwa Kurzreferate zu allen EU Mitgliedstaaten erteilen sowie in den Kindergärten Europakarten ausmalen lassen, etc. Das Erasmusjahr sollte für alle Studiengänge obligatorisch werden. Für eine wahrhafte Mentalitätsänderung mit vollem Bewusstsein über die EU müssen Bürger aller Altersklassen an den Sensibilisierungsmaßnahmen teilhaben. Das Manifest von Daniel Cohn-Bendit geht jedenfalls schon einmal in die richtige Richtung.

Sich engagieren für Europa kann man auf verschiedenen Wegen, z. B. könnte man in gemeinnützigen Vereinen wie (Junge) Europäische Föderalisten e. V. , Europäisches Jugendparlament e. V., etc. tätig werden. Auch könnte man an europaspezifischen Seminaren und Projekten (z.B. „Europa nur mit uns!“) teilnehmen. Oder man hält sich jetzt schon einmal die ersten beiden Junisonntage in 2014 frei und geht unbedingt zur Europawahl!!!

# Citizen for Europe e.V.

---

## Unionsbürgerschaft und Wahlrecht in der EU

Fehlt der europäischen Demokratie zur Zeit ihre partizipative und damit zentrale Dimension, ist sie bezüglich ihres Souveräns genauso mangelhaft. In Europa leben 25 Millionen Menschen, die nicht die Nationalität eines der 27 Mitgliedstaaten und somit auch nicht die Unionsbürgerschaft besitzen. Ihnen werden fundamentale Rechte und Freiheiten in der EU vorenthalten, vor allem politische. Obwohl sie vom EU-Parlament repräsentiert werden – die Anzahl der Sitze in der EU speist sich aus der Gesamtbevölkerung jedes EU-Staats und nicht aus dessen wahlberechtigtem Volk – haben sie weder das aktive noch passive Wahlrecht. Von den 99 deutschen EP-Abgeordneten repräsentieren zehn die nicht deutsche Bevölkerung, ohne von ihr gewählt werden zu können. Es gibt auch das umgekehrte Beispiel: Ungarn und Slowenien befinden sich zur Zeit in einem Wettlauf um die Produktion von Staatsangehörigen, und damit EU-Bürgerinnen und Bürgern, außerhalb ihres Territoriums. Die ungarische Regierung unter Viktor Orbán hat Hunderttausenden, die ungarische Vorfahren nachweisen können, in den USA, Israel, Serbien, Australien etc., die Einbürgerung ermöglicht und damit gleichzeitig das Wahlrecht für das EU-Parlament verliehen. Das kann man den 25 Millionen Menschen in der EU, die direkt von den Entscheidungen des Parlamentes betroffen sind, nicht erklären. Dies ist nur eines von vielen Beispielen, das veranschaulicht, wie diskriminierend sich die Definition der Unionsbürgerschaft über die nationalen Bürgerschaften auswirkt.

Will Europa mehr sein als nur ein Abklatsch seiner Nationalstaaten, muss es seinen eigenen Souverän definieren und zusammen mit diesem partizipative und inklusive Beteiligungsformen am politischen Prozess etablieren. Eine Unionsbürgerschaft, welcher der Wohnsitz neben den 27 Nationalitäten als gleichberechtigte Qualifizierung genügt, macht es möglich, die Gesamtheit der EU-Bevölkerung zum demokratischen Souverän zu erheben. Diesem Souverän sollte dann aber nicht eine europäische Identitätspille verabreicht werden: Die EU-Kommission gibt jährlich eine Milliarde Euro für „identitätsfördernde“ Programme aus, mit dem Ziel, eine europäische Demokratie aufzubauen. Der Glaube, eine auf einem diffusen kulturellen Erbe begründete europäische Identität sei unabdingbar für eine europäische Demokratie, basiert auf der Entstehungsgeschichte der nationalen Demokratien, die sich entlang von Ausgrenzungen gründeten. Ein schlichtes Copy and Paste von der nationalen auf die europäische Ebene wird jedoch nicht gelingen – auch, weil die Bürgerinnen und Bürger das nicht wollen. Viel besser kann der rechtliche Bürgerstatus, der auch aus der EU-Grundrechtscharta abzuleiten ist, als Grundlage für einen europäischen Souverän dienen. Denn nur dieser vermag es, die kulturelle, ethnische, nationale und religiöse Vielfalt in der Bevölkerung der EU gleichberechtigt in einem Souverän zu vereinen. Dieser rechtliche Bürgerstatus basiert auf humanistischen Errungenschaften, Werten und Überzeugungen.

## Report Phase 1

### **1. Who we are:**

We are a group of Europeans that met within the activities of the association Citizens For Europe e.V. (Berlin) and the platform [www.citizensforeurope.eu](http://www.citizensforeurope.eu). Most of us are young professionals based in Berlin, Paris and Brussels. We met 2 times on the topic of democracy and participation and to create a network of young professionals coming from academia or civil society organisations and plan to do projects together in future.

### **2. What we did during the 1st phase:**

Documentation of our meeting of January 2012 in Copenhagen: about 30 persons met for 3 days in Copenhagen. Until April we worked on the outcomes of that meeting.

We also prepared activities for 2012 because we would like to meet as a group (in Prague in September) and bring forward our ideas. We therefore need funds and further partners with

whom we discussed about our topic. We are also preparing a next bigger meeting in Paris in early 2013.

Finally, we prepared a workshop we will co-organise within the Franco-German Dialogue on May 10-11 in Otzenhausen (Germany).

### **3. What we plan to do:**

Meeting in Otzenhausen on May 10-11 where members of our discussion group and actors of the citizensforeurope.eu network will participate. That meeting coincides with the 11 May and the start of the 2nd phase.

### **4. Questions for phase 1:**

Who is affected by the problem?

All European citizens, political decision makers, political institutions, civil society organisations, academia, private sector, ... democracy affects everybody!

Why is the topic selected a European matter of concern?

One can notice a lack of political legitimacy on the EU-level: not only urgent decisions are taken on an intergovernmental level behind closed doors and often without parliamentary or citizen control. The rapidity in that decisions are taken also make opinion making and positioning of civil society actors difficult. This is true for the different levels of decision making, especially the European and national level as decisions are often taken there and the "lower" levels are not consulted or implicated. It is a European concern because the topics of the decisions concern the European future and its citizens and because European institutions and actors are implicated.

Which other aspects must be taken into consideration?

What democracy for Europe is a very general question. It has to do with institutions but above all with society and the organization of living together today and in future. It is about how decisions are taken and will be taken in future. Our topic also asks the question of the state of the art of national democracies. Can we still speak about a nation-state democracy if the problems cross borders? Can we still speak about a functioning democracy if nearly 20% of the voters vote for extremist (right wing) parties in national elections (see France)?

Which strategies for solutions are available today? Are they developed by region, state or by the European Union?

There are solutions developed within the European institutions but above all in the Council, on an intergovernmental level between the member states. But there are voices of civil society claiming and lobbying for more democracy. For a reform of the EP-elections, for more participation of citizens in EU-decisions, for a treaty change via a Convention, etc. These voices are encouraged by Members of the European Parliament or umbrella organisations based in Brussels. Also the ECI (European citizens' initiative) as agenda-setting tool might bring solutions forward.

Can the challenges be met by individual states?

If we consider as set the fact that the important questions (climate change, energy, natural resources, demographic change, peace, etc.) cannot be met at a national level, we rapidly come to the point that the European level is an intermediate level of governance: a strong region that might be heard in the world; a still democratically manageable region.

## **Report Phase 2**

Concerning the parliamentary democracy at European level the European Parliament has to live up to its role and use its powers to further strengthen its role in the legislative process:

- expressing dysfunctions within the EU's institutional setting;
- provoking public debates on current legislative proposals;
- consulting with civil society actors prior to a legislative process;
- nominating a president to the European Commission in the course of the next EP elections;
- pushing for a right of initiative of the European Parliament;
- pushing the development of true European political parties with transnational candidates.

With its latest decisions the European Parliament under the presidency of Martin Schulz demonstrated its ability to force member states governments to enter a legislative dialogue on the Schengen Area by dismissing current legislative procedures. Is the EP on a revolutionary or evolutionary track?

The second and third actor are organized civil society and citizens themselves. Both can use the European Citizens Initiative (ECI) as a participatory tool to propose legislation to the European Commission, and, through a spill-over effect, also indirectly to the European Parliament. It is the realization of this instrument that can create European-wide public debates and raise the citizens' awareness of problem solving capacity of and at the European level. Using the ECI to develop the ECI itself to a tool of direct democracy with legislative power is a way to strengthen the second pillar and a participatory democracy at EU level.

2. How to find a European solution that is democratically legitimate?

We recently discussed the legitimation of the latest financial policies at European level (ESM, Six Pack, etc.) with an expert. The result: legitimate solutions must respect the distribution of powers and long-term solutions have to emerge instead of reactive policies quickly pushed through all levels of governance.

Examples are:

the EU2020-strategy as long-term strategy is the outcome of the open method of coordination, in which member states take engagements beyond the EU treaties; though these engagements are not legally binding they serve as a road map for future developments

the new Fiscal Pact as intergovernmental agreement outside of the EU27 treaties but using EU institutions

the Six Pack (reinforced stability and growth) as communitarian decision-making process based on the initiative of a Council Summit and "normal" decision-making process (Commission, Parliament and Council). The introduction of the Six-Pack shifted considerable power to the European Commission that will pre-examines national budgets in future before they enter national parliaments for debate. This procedure might disrupt the distribution of powers between national parliaments and the European Commission as well as the national governments, as national parliaments and governments end up debating proposal that only have been approved by the Commission beforehand, thus diminishing the powers of nationally elected actors considerably.

Among the three given examples of legislative procedure the community method is certainly the most democratic and transparent one, though sometimes leading to a shift of distribution of powers, as shown in the last example. Thus, the question of how democratic it is in terms of distribution of powers (e.g. predominant role of the Commission in national budget decision making processes), role of parliaments and implications for citizens comes in the forefront of discussions.

3. Who should validate / consent to the decision?

Different scenarios are possible:

treaty change via a constitutional Convention; long lasting process; the legally binding participation of civil society/citizens would be of utmost importance;

pragmatism: Martin Schulz recently suggested a lot of pragmatic and democratic "changes" within the current constitutional setting of the EU and its treaties;

-civil society working together on alternatives: a collective process and debates about alternatives to intergovernmental intransparent decision making processes could be created.

4. How could political participation rights of citizen look like?

To increase political participation we suggest to:

introduce active and passive voting rights for non-nationals in local, regional and national elections in their country of residence and voting right for non-EU citizens to the European Parliament;  
create real European party campaigns for European Parliament elections;  
develop a citizen friendly ECI that has true legislative powers.

### Report phase 3

1. With which democratic structures could the problems be solved?

- inclusive and successful combination of parliamentary/representative democracy with elements of direct democracy.
- the European parliament: expressing dysfunctions within the EU's institutional setting; provoking public debates on current legislative proposals; consulting with civil society actors prior to a legislative process; nominating a president to the European Commission in the course of the next European elections; pushing for a right of initiative of the European Parliament; pushing the development of true European political parties with transnational candidates.
- treaty change via a (constitutional) convention.
- pragmatism: Martin Schulz recently suggested a lot of pragmatic and democratic "changes" within the current constitutional setting of the EU and its treaties.

2. How can, in particular young people, participate?

- be elected in a (constitutional) Convention.
- lobbying for setting the voting age at 16 years in all European countries and for all elections.
- speak with responsible persons in governments, parliaments, etc.
- launching, participating and signing ECIs; contacting MEPs; contacting the European Ombudsman; participating in consultations of the European commission; participating in European elections; challenging national politicians on European issues; challenging national media on European issues; etc.

3. How can the participation of mostly young people be achieved?

- sensitization via simulations and meetings
- common school curricula on EU issues
- politicians speaking with youths
- make clear that the challenges concern especially future generations; fight for a long term solution of problems and for reforming the political system

4. How can each individual play a role and take on responsibility?

- approach local, regional, national and European political decision makers
- build local, regional, and international networks
- get involved in political associations\\
- listen and speak to your peers



# Junge Europäische Föderalisten Deutschland e.V.

---

## Federal Europe

Calls for "more Europe" have become louder, but what that exactly means often remains unspecified. Federalism is one possible solution and it is the key principle that JEF has advocated for over 60 years. But how does a federal Europe look like? More importantly, what can be done to achieve such a federal Europe - from decisions at government level down to grassroot activities? It is these questions that our group will discuss.

## Report Phase 1

The idea of a federal Europe has become more salient in recent years. European political figures have called for 'more Europe' and some have even referred to and advocated 'federalism' (<http://www.federalists.eu/media/gallery/pictures/federalist-outing/>). It seems that with an ongoing global financial and European sovereign-debt crisis, the time is ripe for a federal solution in Europe. What this might mean in more concrete terms has already been discussed in JEF and is going to be elaborated on in our discussion group in the next two phases. For now, the question has been what the problem exactly is that might call for a federal Europe. Federalism is not only a 'good' principle worth supporting. It is a solution to a fundamental, structural weakness in Europe, the consequences of which we are experiencing in the form of the current crisis.

The current crisis is mainly affecting the Eurozone countries. Some of them experience the crisis more directly: they need to implement – sometimes drastic – austerity measures to cut their deficit and manage their debt, and they need to rely on external financial help. Others experience the crisis in the form of participating in various bail-out packages which, in turn, raise their deficits and liabilities. While the weakness is one of the Eurozone, and is, thus, mostly affecting this area, countries outside of the Eurozone are potentially affected in the long-term. Immediate neighbours, but also global trading partners suffer from the negative effects that the crisis has on the economic prosperity of the Eurozone countries. And those EU members that are not part of the Eurozone also suffer from the political instability and damaged credibility of the EU at large.

Many causes of the current crisis have been identified. Some of them are external and have to do with the global financial system as well as global trade imbalances. Most of them, however, are internal, and, from our perspective, they are more relevant, principally because it is up to Europeans to tackle them. We are able and capable to do so now, we – simply – need the political will.

High public debt levels have been and remain the focus of policy-makers. They are seen as the main causes for the crisis, and are consequently the main concern; if the assessment is right, then reducing that debt must be the main solution. We share the concern with high public debt. After all, it essentially amounts to a burden on the young generations. But high public debt in and of itself is not at the core of the problem. If it were, we would see similar problems in countries all over the world (think of high debt in the United States or Japan).

High public debt becomes a problem when governments, firstly, do not have the means to manage it, and, secondly, when lenders lose confidence in governments. These two points are linked. Without the means to effectively manage not only public debt, but a common currency, policy-makers appear helpless, and their purported, piece-meal solutions are not convincing. Of course, even with effective instruments there is enough room for bad leadership that may create a loss of confidence. But even more so will a lack of confidence arise without effective instruments and with bad leadership.

“Effective instruments” does not mean creating new forms of coordination or having more regular meetings of finance ministers or heads of state. The backdoor intergovernmental method is a short-term answer. To effectively prevent or manage such crisis, a structural solution is needed. To put it in a nutshell: a common currency needs a common fiscal and economic policy. How this fiscal and economic policy, or an “economic government”, could look like and how it can be democratically controlled is the subject of the next two phases of our group discussion. For now, we repeat the analysis made by many economists who criticized the Euro currency system at its inception: a common currency without a common fiscal and economic policy is unsustainable. We do not share the criticism directed against the currency itself, because we welcomed and applauded the introduction of the Euro while at the same time pointing out that this could not be the last step.

A final problem arises when we think about the implementation of such an economic government. Is it going to be an economic government of the Eurozone or the EU? How do we ensure democratic control of such a government? If it is limited to the Eurozone, what role will the European Parliament play? Do we need to distinguish between those Parliamentarians who can speak for citizens of the Eurozone and are, thus, allowed to vote on such policies, and those Parliamentarians that represent citizens outside of the Eurozone and who are thus not allowed to vote on such matters? Do we need a separate Eurozone Parliament? These are difficult issues that arise, because, as things are, it is unlikely that all EU members would want to further integrate in these policy areas. And these issues necessarily arise, if we want to achieve both effective governance and its democratic control.

## Report Phase 2

The global financial crisis that has led to the European banking and sovereign-debt crisis has now become a crisis of the Eurozone, the EU, and the European integration project as such. In phase 1 of our group discussions we have identified the lack of effective fiscal and economic governance at the European level as the central reason for the crisis. At the same time as we call for such fiscal and economic governance, we urge our political leaders to hold up democratic principles and adhere to them even in difficult times. After all, democracy is a core principle that we can be proud of as it is, unfortunately, still a principle that sets Europeans apart from many other regions in the world. Having identified a core structural weakness in Europe, in the last phase we are going to make some concrete suggestions as how to solve the problem. And because democracy is a key factor that we need to take into account, in phase 2 we have tackled that issue.

In particular we have been interested in what democracy means in a European context. In his press statement at the G20, the President of the European Commission said that “in Europe we are democracies” and that this means that sometimes it takes time to make a decision (Barroso 2012): <http://www.bbc.co.uk/news/business-18501667>

His remark was directed at voices from non-democracies that want to advise European leaders on how to solve their problems. While Barroso has rightly suggested that we have a ‘Union of 27 democracies’, in the heat of the moment he failed to address the fact that the Union itself is a democracy, even if an imperfect one. In addition to 27 national democracies we have a supranational democracy at the European level. European citizens directly elect their representatives to the European Parliament.

Much of the debate in member states currently evolves around shifting national competencies to the European level and what this would mean for member states. This is presented by some as undermining democracy, since national parliaments lose competencies. However, while national parliaments may lose competencies, the European Parliament may and should gain control over those competencies. Applied to our case, ideally, the European Parliament should exert the same

control over fiscal and economic policy as national parliaments currently do. Critics are only right to fear an erosion of democracy in Europe, if the European Parliament is not strengthened accordingly. It is up to political leaders to prove these critics wrong, by further strengthening the powers of the European Parliament.

This is not a zero-sum game, in which national parliaments lose and the European Parliament wins. Globalisation and shifting international power relations increasingly make it difficult for individual member states to cope with the developments. On the one hand, national governments in Europe are increasingly recognizing limits to their capabilities. On the other hand, national governments are increasingly in a more powerful position vis-a-vis their own parliaments in their effort to be effective on the world stage. Either way, national parliaments are effectively weakened. In theory and on paper, they may still be in control, but in practice this is less and less true. Some politicians do not (want to) recognise this development, and stick to a model of national democracy that is becoming out of date, especially in Europe.

From our view, the future of democracy in Europe can only be one where the European Parliament exerts control over all policies that are 'shifted to the European level' – with the Council functioning as a second chamber and co-deciding with Parliament in appropriate cases. If the European Commission is mandated to exert more control over national budgets, then the European Parliament needs to have a say. The same is true for decisions on how to use tax payers' money to generate economic growth. Those policies that are best dealt with on a national or sub-national level, should remain under the control of parliaments on the respective level. This way national democracies retain an important role within a European democracy that has a strong supranational democratic element.

### Report phase 3

The political situation in Europe is volatile, full of uncertainty; there is a lot of potential for current decisions to have a lasting and far-reaching impact. In 25 or 50 years, when we are going to look back, it is likely that we will realize how important today's decisions and actions were to shape Europe. This presents a great opportunity for bold suggestions.

In our group discussions we have come to the following conclusions:

- the current financial and sovereign-debt crisis may not have originated in Europe, but it has pointed out the incoherence of the European political system and the lack of effective instruments; the crisis has been intensified as a result,
- the "Fiscal Pact" as it has been negotiated and is now in the process of being implemented is a step in the right direction towards deeper integration,
- however, it is insufficient and unlikely to provide a long-term solution, most importantly because it has been created through the intergovernmental method, by heads of state and bureaucrats and in an intransparent manner,
- it has, thus, lacked democratic legitimacy which is a vital ingredient for citizens' support of the political system; without such support, the new system that is being constructed remains unstable in the medium- and long-term,
- in order to involve European citizens, and provide a long-term solution, a European Convention should be established; the Convention should allow broad participation from civil society and learn from the mistakes of the 2004 European Convention; in addition, a Convention of young Europeans could convene simultaneously and provide input to the Convention,
- the Convention should work on a short and readily understandable constitution,

- the constitution would include basic rights, institutions, and competencies,
- by dividing power and locating it on several levels, the new political system, would be a federation: the “United States of Europe”,
- the Union would have exclusive competencies over foreign and security policy, trade policy, currency, competition, financial market, consumer protection, taxes on issues with a high degree of integration, environment and energy, structural and cohesion funds; on the other hand, taxes and state budgets, social and labour market, education, migration would be dealt with by the states within a Union framework,
- the Union would be a parliamentary democracy with the European Parliament as a citizen’s chamber and the Council as a state chamber; European parties present their candidates on transnational lists, and direct-democratic elements (such as a European Citizen’s initiative) should be added to the system.
- the European Parliament would have the power of initiative and elect the government on the basis of a proposal by the strongest party group,

The intergovernmental method has worked up to a certain point. It has changed the European political system in a piecemeal fashion, but at the same time it has reproduced the same mistake over and over again: failing to really involve citizens in the creation of a political system. For some these might be bold suggestions, but they are clearly within the realm of possibility. And our vision of Europe, the United States of Europe, is one that can combine effective problem-solving with democratic rule that is as close as possible to European citizens.

# United Explanations

---

## Communicating Europe

“World peace cannot be safeguarded without the making of creative efforts proportionate to the dangers which threaten it... Europe will not be made all at once, or according to a single plan. It will be built through concrete achievements which first create a de facto solidarity”.

With these words began the Schuman Declaration, made by the French Foreign Minister on May 9th, 1950. Today, Schuman would be amazed by the achievements of European integration, while frustrated by the current state of the European Union and especially worried about its future. And it is not surprising since in some scenarios the terms used to describe the EU are quite negative: irrelevance, decline, fall, loss of influence, passivity, inaction, incapacity... Some of them are related to the role of the EU on how to overcome the economic downturn, the lack of response to the popular demands against the authoritarian regimes of North Africa or the (non) participation in the Copenhagen Climate Change Summit.

Since the outbreak of the economic crisis in 2008, the European Union has been increasingly present in our lives. But this new presence is far from being perceived as positive, so often associated with a big shortage of democracy, impositions of the center against the periphery, excess of bureaucracy and failures of the treaties. As a consequence, a turning point where the project of a political, economic and social Union seems to be sinking has been generated. The response to the crisis has not been one characteristic of an organized and integrated structure, thus demonstrating that Europe moves along at two speeds. It is a matter of fact that we are facing an (purely) economic governance along with a series of recipes that seem to question the model of social Europe. However, are the European institutions prepared to deal with these kinds of events?

The Lisbon Treaty reserved many levels of sovereignty. Because of this, Member States took refuge in the Nation-state when facing difficulties and the result has been the semi-integration, unable to construct a single voice. Perhaps this situation is due to a time where national interests take precedence over those of Europe as a whole, in a time when there are no politicians like Adenauer or Schuman to defend the project. Europe seems that no longer dream about itself and no more is able to communicate the “European dream”. But it is also important to take into account what kind of media has Europe to convey its own concept.

Every country in Europe has so many media in order to reproduce its ideological landscape: right and left wing media, nationalist and regionalist. But all of them respond more to their internal dynamics while the Union affairs seem to be categorized as “domestic affairs”. It is possible to build this dream without communication? How should Europe communicate itself?

Both connecting with citizenship and communicating have been acknowledged as a priority within the European Union policy since its inception. This aim has been strengthened as a result of three elements mainly: the lack of citizenship’s interest in EU politics expressed in the European Parliament elections of 2004, the rejection of the EU constitution by French and Dutch voters in 2005 and the rejection of the Lisbon Treaty by the Irish three years later. In this sense, the White Paper on a European Communication Policy (1996) stands for a milestone within the process. For the first time politicians realized the need of taking into account the opinion of people, media and civic society organizations when writing news.

But all these efforts to boost popular trust in the European project don’t seem to work. Moreover, they raise a lot of questions: is the Information Society the same as a well-informed society?. Are we probably more focused on the means than on the message itself?. Can far-right rising in Europe be the consequence of an ill-informed society regarding the importance and complexity of the EU project?.

Perhaps the concept is not clear enough. For example, if you write in Google the words “European Union” the browser deploys the following options to define it: as a trade block, as a global actor, as a supranational organization and as a superpower finally. Which one are we?.

Do we know it?. Does the chosen definition meet our expectations?.

In these gloomy times when citizens are taken shelter in social networks, fleeing both from media and politicians, it is more urgent than ever to properly inform about the EU. If once there has been a time is now.

## Report phase 1

There is no shadow of a doubt that the access of European Union citizens to the Internet and to other types of alternative information sources has been increased over recent years. But at the same time this process has been accompanied almost simultaneously by a deterioration in the rights of access to neutral information by traditional means.

This situation forces us to wonder the following question → Beitrag komplett anzeigen ...

There is no shadow of a doubt that the access of European Union citizens to the Internet and to other types of alternative information sources has been increased over recent years. But at the same time this process has been accompanied almost simultaneously by a deterioration in the rights of access to neutral information by traditional means.

This situation forces us to wonder the following question: are we probably more focused on the means than on the message itself? It has been created a false picture of access to information through the intervention of new technology and Medias related to the 2.0 and the network society? How does Europe communicate itself in this new map of Medias and messages? Today, it seems to be clear that information technologies and the citizen's access to them don't mean a guarantee in the information's quality and much less the consolidation of a well-informed society.

We cannot forget that the information effort is a key element in the cohesive and free society's building process, like the European. However, far from its duty of creating a context that allows the inclusion of citizens in the decision-making process, the European Union has been engaged in a strategy aimed at reinforcing an institutional paternalism. According to the Eurobarometer data, there is a sizable knowledge gap on European issues policies and institutions. This lack of information constitutes a barrier in citizen inclusion when it comes to decision making process. Building a "Europe for citizens" means overcoming communication deficit barriers: the debate about Europe must hinge on a strengthened dialogue through communication focused on the citizens. Thus, the current situation corresponds to the following equation: information deficit= participation deficit= democratic deficit. Nevertheless, if there is no a receptive audience demanding this information in a parallel way any effort to increment both information volume and quality will prove inefficient.

This institutional paternalism has led consequences such as fragmentation of discourse. Because of this, it leaks through an ocean of national identities which suited the Union speech to their political interests by generating an atmosphere of tension while weakens the European project. As a consequence, citizens are no longer getting the Europe's idea from Europe itself but from different national perspectives.

This process of communicative disaffection has been reinforced by the construction of a new language, a reflection of the bureaucratic system that avoids being intelligible to citizens by imposing a new system of signifiers and meanings: adjustments/cuts, ticket moderator / copayment, weight / increasing taxes, placing the EU into a more proper dialectical exercise of dictatorship than a democratic society. It is a matter of fact that informative language has been little by little substituted by the new world order language, the neo-liberalism's. Nowadays, European institutions as well as the media are repeating some keywords like a mantra. Those have jumped beyond their conventional semantic field and denotation – the realm of business or

industry - into other areas of social activity. Due to this, public language has been taken over by corporate jargon and language itself has become part of brand-image. In other words: other fields have been "colonized" by the economic field, turning the meaning of words upside down (re-semantisation) and creating new concepts which are friendly to the more extreme Capitalism.

In the case of media, they have been their greater defenders leaving the old journalese aside, clear, concise and informative, and becoming fond of this obscure and cryptic one. Exchanging information by this new language only gives oxygen to extreme-right parties such as "Le Front National" in France or Golden Dawn in Greece to flourish, putting the European project on the abyss.

And following with this imposed logic of "market rules", information is considered as merchandise in a market economy and not as the Human Right that actually it is. The contemporary informative mode gives answer only to consumption and propagandist patterns and it is characterized by the little room for plurality and differences of opinion. One of the consequences is the media control in hands of less than ten big corporations, impoverishing the information's quality. That it is why citizens are going netizens, fleeing from traditional papers and creating themselves the information through the 2.0 tools. The Spanish 15M movement is a good sample of this new collaborative democracy born in the social networks.

That's why we believe that it is necessary to change the course of the Union communication policies that should be addressed to the inclusion of citizens in the decision-making process. Maybe by generating a consensus or by traditional means, would be necessary the establishment of a new and improved White Paper. Even more, why not let citizenship participate in the elaboration of information including some representative in the staff?. Another proposal is the creation of an (independent) European entity to monitor and evaluate the institutions information quality. In order to overcome the situation of national perspectives on European issues a solution could be to encourage cooperation between traditional media and informative channels of the EU institutions. Finally, to avoid manipulation and to improve knowledge and interest on European issues we have to start from the grass-roots: Education. This is the only way to recover what we have lost along the path when we begun to pay more attention to the "lower costs of production", the "international expansion of companies" and the "appropriate take-overs" than to the project's DNA.

## Report phase 2

### **Communication strategies and obscurantism**

The evolution of the European crisis, both in economic and political, has been producing interesting institutional changes in the communicative spectrum. So we have seen, after the outbreak of the Spanish crisis, and the different Greek electoral process, Europe has established a new communication patterns.

On the one hand we observe the institutionalization of the leaks to Reuters as a communication strategy designed to put pressure on the citizenship of the peripheral states, with more and more apocalyptic messages. A good example of this, are the two leaks from community sources in a span of four days to Reuters news agency on fundamental facts: the "no bailout" of Spain and the veiled threat to Greek voters a week before the crucial elections -day 17th- about the possibility of their decision can take them out of the euro. And also Brussels seems to be not enabled to coordinate the responses of political leaders (fragmentation of political authority), which has allowed both say one thing and the opposite, with the resulting confusion created among citizens.

The information has been replaced by rumors and leaks interested: The role of Reuters is that one that Bismarck would have assigned to his related media in his "slush fund" to counter the propaganda from the other side.

On the other hand we see the distortion in the language, or whatever it is, the generation of opacity on the part of governments and institutions through a new vocabulary designed to fracture the relationship between meaning and significant guiding us into a nebula of words that say nothing. All with the sole purpose of disguise the truth.

We see how the words aid, rescue, intervention, are lost in an ocean of synonyms that make it difficult for citizens to see the true magnitude of the tragedy and prevent them to participate in a rational way in the decision making process that should lead us out of tunnel in which we are. Eventually this leads to a democratic deficit, which is eroding not only the community project itself but also the legitimacy of their leaders. This can cause unexpected reactions in the population. Given a scenario that recalls, with great distance, the atmosphere of the 30's, we see that we are in a process of change, but we cannot see where we are going.

The general theory of evolutionary systems (GTES) states that when a system becomes unstable branches, ie chaotic jump, which leads to the emergence of a new system. What we are experiencing now is a process of destabilization of our organizational systems (social, economic, political and cultural) which raises the question whether these systems are about to bifurcate, or even if we are not already in the midst of chaotic jump.

The TGSE indicates that any given system has a limit of tolerance for complexity and that once the limit is exceeded, the system starts to become unstable. If we take the complexity as an expression of raw information as we can understand this complex phenomena that the system does not understand or agree, the events which, in one way or another-shock or challenge the system. It is clear in our topic of study that the language, the communication process between the power (government and institutions) and the citizens is exceeding the limit of complexity. No time like a crisis to innovate and create new models, ideas and theories. And yet, what are advocating solutions based on the models that we brought here but are unable to take further. We are required unconditional adherence to these solutions on the grounds that the alternative is chaos, when the truth is that we are passing a chaotic process.

If the correct TGSE the measures being implemented now will not reduce the complexity of current systems affects, at most postpone or dilate the phase of instability, but probably also increase the intensity of the bifurcation. Therefore, and always within the parameters of the TGSE, the choice lies between start riding a real transition to a new system or simply have this transition without having any control over it.

The only chance that the European Union has to regain its legitimacy and to find an orderly resolution to the present chaos, pass first by restore the value of the word. That is, restore the social function of language, which is simply to transmit messages, communicating in a clear and transparent way.

Europe must abandon the strategy of the leaks by opening official channels of dialogue that allow direct interaction with citizens, contradicting if necessary the state governments which manipulates public opinion as in the case of the Spanish government and its reaction to the rescue of the bank sector.

### Report phase 3

#### **EU's communication policy has to come back to the people**

As we previously anticipated in our earlier article, we are dealing with a change of system that it's affecting the whole EU structure (TGA theory). We understand that this process takes place because we are using political and economic structures that are outmoded compared to the social structures we are moving into. So we can say that, the nineteenth century structures are no longer suitable for twenty-first century needs.

In the last months we have seen how a global change is taking place, not only in Europe but in Latin America, Asia and the Arabian world, we don't know really the direction of this change and in which level is affecting the super-structures. However, quoting the Indian economist and women-rights activist Jayati Ghosh, despite we are working on it we have not achieved yet the



real transformation for the forthcoming new world.

The expansion of a wilder version of capitalism has reached the heart of Politics, affecting the project of European unity undertaken after the Second World War. While in the main media the role played by stakeholders regarding the auto-censorship of journalists, the coverage of certain news in sacrifice of others or a more and more glaring slant that has been prove as harmful for the Right of Information itself. This phenomenon has been transferred to the decision-making arena in the EU also. As bankers and house building entrepreneurs are sitting in the mainstream papers' board of directors, the former Hedge Funds' and Rating Agencies' men are sitting in the ECB and other important decision-making institutions. Regarding that, there is a commonly held view that those decisions seem not to take the people real needs into account.

Every action has its own reaction and the first one has been the citizen's exodus towards social networks seen more and more as a new democratic means where the strict hierarchy has been replaced by other frameworks like the adhocracy, a more flexible form of social organization. Related with this point we have to take into account that this kind new (digital) militancy cannot replace the traditional one, so that's why is very important to open Europe to direct ways of participation.

A second consequence that we could describe is a new journalistic stream: the newly created independent Medias under the form of co-ops growth where the professionals of information prefer the developing of a good-quality paper rather that earning high wages. As a good sample we could highlight Fria Tidningen, the Swedish newspaper that is able to run 20 mastheads without accepting any kind of advertising thanks to its 40 supporters and covers the information generated by social movements that wouldn't ever reach the newspaper's front page otherwise. The German paper Tageszeitung is other one. This business model, more popular in Northern Europe, is taking off in the Mediterranean Europe.

To sum up: the fringe is gaining more and more ground over the mainstream both politically as well as journalistically. The former powerful media, key in the building of the democratic awareness, now are neither providing audiences with critical views nor reflection, or debate, or surprise or knowledge. They have been lost in a news agency's information and bipartisanship-partisans opinionated blend. And the same have happened to the EU's communication policy which has to urgently come back to people.

Consequently citizen are claiming for more open democracy, participation and their rights maintenance –some NGOs as Human Right Watch and International Amnesty are warning about the undermining of social, political and labor rights using the turndown as an alibi-. Within that, the right to be accurately informed as a base to exercise the rest of the human rights is being seriously unredeemed.

There is no shadow of a doubt that we are globally facing a turning point. People are opposing, rejecting and piecemeal transforming the political, economic, cultural and social structures as the best way forward a depth democracy.

# Friedrich-Schiller-Gymnasium, Ludwigsburg

---

## Soll die Türkei EU-Mitglied werden?

Seit vielen Jahren wird über eine Aufnahme der Türkei diskutiert. Die Mitgliedschaft hängt von der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien ab. Wie seht ihr das? Erfüllt die Türkei das Aquis-Kriterium, das wirtschaftliche und das politische Kriterium?

### Ergebnisse Phase 1

Die Frage nach einer Erweiterung der EU ist in den letzten Wochen etwas in den Hintergrund getreten. Sollte die EU ihre Krise jedoch überwinden, so könnte eben diese Frage bald wieder auf der Tagesordnung sein.

In einer ersten Phase haben wir uns über die Kriterien informiert, die eine Aufnahme eines Staates in die EU erlauben.

Ziel ist es, eine Art Kommissionsbericht zu schreiben, der die Kopenhagener Kriterien und die aktuellen Entwicklungen in der Türkei in Verbindung bringt.

Dieser Bericht soll auch eine Empfehlung abgeben. Dieser Bericht kann Grundlage weiterer Diskussionen über dieses Thema sein.

### Ergebnisse Phase 2

Der Kommissionsbericht ist nun fertig und kann zur Diskussion gestellt werden. (siehe unten)

Für die Phase 3 sind nun zwei weitere Aspekte geplant:

I. Es soll nach Lösungen gesucht werden. Z.B. Privilegierte Partnerschaft? Kerneuropa vs. Europa der Peripherie? etc.

II. Des Weiteren können wir in einigen Wochen spanische Schüler begrüßen. Dieses Thema könnte dort angesprochen und diskutiert werden. Vielleicht haben die Spanier eine völlig andere Wahrnehmung des Falles. ??

Empfehlungsbericht zur Konfliktfrage:

Soll die Türkei in die EU aufgenommen werden?

„Die Türkei ist der Europäischen Union trotz zahlreicher Entgegenkommen kulturell, wirtschaftlich und politisch noch immer zu fremd. Religiöse und kulturelle Unterschiede, das damit verbundene innenpolitische Gefahrenpotential, die schwer abschätzbaren finanziellen Kosten etc. überwiegen die Vorteile eines EU-Beitritts der Türkei.“

Diese Worte äußern Kritiker der CDU/CSU/FDP Regierung (2009-2013) zur Frage, ob die Türkei ein Vollmitglied in der Europäischen Union (EU) werden sollte oder nicht. Die CDU/CSU/FDP Regierung sieht diese Aufnahme also sichtlich sehr fraglich. Aber würde ein Beitritt der Türkei in die Europäische Union (EU) wirklich nur Nachteile für die Mitgliedsländer der Europäischen Union bewirken? Im folgenden Text wollen wir dieser Frage nachgehen und uns sowohl mit den positiven, als auch negativen Aspekten bei einem Beitritt der Türkei in die EU befassen. Um die Thematik besser nachzuvollziehen, wollen wir nun noch einen kurzen Einblick in die Situation der Türkei im Bezug auf den Beitritt in die Europäische Union (EU) zeigen:

Die Türkei hat am 14. April 1987 erstmals ihren Beitritt zur Europäischen Union (EU) beantragt. Im Dezember 1999 wurde die Türkei als Beitrittskandidat anerkannt. Die Türkei musste sich damit an den gleichen Kriterien messen lassen, die für alle Beitrittsländer gelten:

Die Verhandlungen werden erst aufgenommen, wenn die Türkei die Kriterien des Europäischen Rats von Kopenhagen erfüllt. Der Europäische Rat von Kopenhagen hat nun im Dezember 2002 beschlossen, auf der Grundlage eines Berichts und einer Empfehlung der Europäischen Kommission Ende 2004 über den Beginn von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu entscheiden. Die Europäische Kommission prüft und bewertet - wie bei allen anderen Kandidatenländern - nun in jährlichen Berichten die Fortschritte der Türkei. Sofern die Kopenhagener Kriterien erfüllt wären, könnten dann Beitrittsverhandlungen beginnen. In ihrem Fortschrittsbericht 2003 bescheinigt die Kommission der Türkei erhebliche Fortschritte bei der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien, kommt jedoch zum Ergebnis, dass die Türkei die politischen Kriterien noch nicht in vollem Umfang erfüllt. Sie weist darauf hin, dass die ungelöste Zypern-Frage ein ernsthaftes Hindernis für die EU-Annäherung der Türkei bedeuten könnte. Am 17. Dezember 2004 hat die EU nach mehrjährigen Vorgesprächen der Türkei zugesagt ab 3. Oktober 2005 Beitrittsverhandlungen aufzunehmen. Die Europäische Union hat dann im Herbst 2005 die versprochenen Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufgenommen, die sich über die kommenden 10 bis 15 Jahre erstrecken sollen. Der frühest mögliche Beitrittstermin für die Türkei in die Europäische Union liegt daher im Jahr 2015.

Aber nun zurück zur Frage: Soll die Türkei Vollmitglied der Europäischen Union werden?

Es gibt zweifellos viele Punkte die dafür sprechen, die Türkei in die Europäische Union aufzunehmen, welche wir im Folgenden nennen werden.

Die Acquis-Kriterien erfüllt die Türkei soweit, da die Türkei die europäische Identität gar nicht schwächen kann, da in der Europäischen Union keine wirkliche gemeinsame Identität was Kultur und Religion betrifft, besteht. Die EU hat zwar gleiche politische Prinzipien wie z.B. Demokratie oder die Wahrung der Menschenrechte, es kann sich aber jedes Mitgliedsland der EU im Bezug auf seine Religion und Kultur frei entfalten und ist in diesem Punkt nicht eingeschränkt, sofern es die politischen Grundsätze wahrt. Die Türkei ist daher eher eine Chance für die EU, ihre Identität zu erweitern.

Der Kritikpunkt, dass das „Wir-Gefühl“ der EU bei einem Beitritt der Türkei in die EU geschwächt werden würde, ist somit nicht nachzuvollziehen, da kein starkes europäisches „Wir-Gefühl“ (da keine gemeinsame Identität) vorhanden ist.

Außerdem kann der Beitritt in die EU die Integration der in Europa lebenden Türken fördern, da sich die türkische Bevölkerung dann vollkommen akzeptiert fühlt.

Nun kommen wir zu den wirtschaftlichen Vorteile die ein Beitritt der Türkei in die EU mit sich bringen würde. Wie zum Beispiel der wichtige Aspekt, dass die Türkei die Öl und Gasversorgung, auf Grund ihrer geographischen Lage, in der EU verbessern kann und mithilfe der Türkei der europäische Binnenmarkt ausgedehnt werden kann und schon wird.

Des Weiteren ist die Türkei ein großer Markt voller zahlungskräftiger Kunden und somit kann die Türkei die Wirtschaft der Europäischen Union stärken, wenn auch nur gering.

Die Befürchtung, dass ein Beitritt zur Überbevölkerung von Türken in andere europäische Länder führt, ist abzuwenden, indem man die Beispiele der früheren Beitritte von anderen Ländern wie zum Beispiel Spanien, Portugal usw. betrachtet. In diesen Ländern führte der Beitritt zur Europäischen Union nicht zu dem Wunsch der Bürger ihr Land zu verlassen und in anderen EU-Ländern auszuwandern, da mit dem Beitritt Arbeitsplätze für beide Seiten geschaffen wurden und die Menschen deswegen keinen Grund sahen, ihr Land zu verlassen.

Außerdem bemüht sich die Türkei wirtschaftlich sowie politisch stark Verbesserungen zu erreichen, um die Kopenhagener Kriterien zu erfüllen.

Die Türkei strebt seit der Gründung der Republik eine europäische Politik an. Ihr Ziel ist es nämlich ihr Entwicklungsniveau auf das der zeitgenössischen Zivilisation, welches Westeuropa nach ihren Vorstellungen verkörpert, anzuheben. Die Türkei orientiert sich somit an der Europäischen Union und will deswegen die Vollmitgliedschaft in der EU, um die verfolgte europäische Politik vollkommen durchzusetzen, zu stärken und ein Vorbild für andere islamistischen Staaten im Nahen und Mittleren Osten zu werden.

Dass die Türkei bei einer Ablehnung in das islamistische Lager abdriften könnte ist sehr unwahrscheinlich, da die Reformen zur Verbesserung der wirtschaftlichen und politischen Lage der Türkei laut den türkischen Politiker trotzdem weitergeführt werden sollen.

Die Abschaffung der Todesstrafe, die Eindämmung der Macht des Militärs, die Stärkung der Rechte und der kurdischen Bevölkerung und eine allgemeine Rundumerneuerung der Strafgesetze sind nur Beispiele des Maßnahmenpakets, welches die Türkei ergreift um der EU entgegenzukommen.

Trotzdem könnten bei einer Ablehnung der Vollmitgliedschaft der Türkei verheerende Folgen auftreten. Die Folgen wären nicht nur eine Demütigung der Türkei, sondern würden auch die radikalen Kräfte in der Türkei stärken, da die innere Stabilität geschwächt werden würde. Dies würde negative Folgen für die Europäische Union haben und würde außerdem auch noch zu einer Einflusslosigkeit im lebenswichtigen Mittleren und Nahen Osten führen.

Ein weiteres positives politisches Argument für eine türkische Mitgliedschaft ist, dass die Türkei einen geostrategischen Vorteil hat, da sie an den Nahen Osten angrenzt. Dadurch hat die EU die Möglichkeit diese instabilen Verbindungen zu stärken und somit eine größere politische Stabilität in diesem Gebiet zu erreichen.

Außerdem spielt die Türkei eine wichtige militärische Rolle in der NATO und zeigt somit eine Bereitschaft Frieden zu schaffen und diese NATO Mitgliedschaft zeigt, dass die Türkei schon Mitglied in einer Verbindung mit den EU-Staaten ist und sich für andere Länder einsetzt.

Im Zusammenhang mit der NATO hat sich die Türkei in der Vergangenheit militärisch sowie außenpolitisch als verlässlicher Partner erwiesen.

Warum also sollte man den Türken die Vollmitgliedschaft zur Europäischen Union verweigern?

Die Gründe gegen einen Beitritt der Türkei in die Europäische Union werden nun im folgenden Text aufgeführt.

Zwar laufen Reformen in der Türkei zur Verbesserung in politischen und wirtschaftlichen Situationen, dennoch ist der größere asiatische Teil der Türkei konservativ und anti-westlich eingestellt. Nur der kleine Teil der Türkei, welcher in dem geographischen Europa liegt hat liberale Ansichten.

Da das Militär immer noch eine sehr wichtige Rolle in der Türkei hat, ist die Türkei wirtschaftlich nicht selbstständig und stark genug die Kosten dafür aufzubringen. Sie muss Kredite bei den USA aufnehmen, um die türkische Armee unterhalten zu können.

Wie gerade dargestellt, hat die Türkei somit eine niedrige Wirtschaftsleistung, welche noch weit hinter der von Bulgarien und Rumänien liegt.

Der finanzielle Haushalt der EU reicht nicht aus, um die Kosten bei einem Beitritt der Türkei abzudecken, da die Türkei eine wenig wettbewerbsfähige Agrarwirtschaft besitzt und laut Agrarkommissar Fischler (2004) die Aufnahme der Türkei in die EU bis zu 45 Millionen Euro allein an Agrarbeihilfen kosten würde.

Durch die große Regionalfinanzierung der Türkei müsste man die Unterstützung der anderen Fördergebiete in der EU vernachlässigen, welche den betroffenen Ländern nicht zuzumuten sei. Da sie dadurch geschwächt werden würden, würde insgesamt der Haushalt der EU noch weiter verschlechtert werden.

Dabei drängt sich die Frage auf, ob die Türkei sich richtig in die EU integrieren kann, obwohl sie nicht oder nur schwer die anderen Kulturen und Religionen in ihrem Land akzeptieren können. In der Türkei herrscht also eine herrschende Rangordnung. Die Muslime gelten dort als Bürger erster Klasse und die Minderheiten, wie zum Beispiel die Kurden, Alewiten, Armenier und Juden, sind ihnen untergeordnet. Diese Rangordnung entspricht nicht den europäischen Werten, da nach den Kopenhagener Kriterien die Minderheiten geachtet und geschützt werden müssen und nicht untergeordnet sein sollten.

Des Weiteren gibt es im eigenen Land innenpolitische Unruhen wegen eben dieser Rangordnung, ein Beispiel dafür ist die Kurdenfrage.

Ein weiteres Argument, was dagegen spricht, ist die Sonderrolle des türkischen Militärs, das immer noch einen zu großen Einfluss auf die Politik hat und bis vor kurzem eine Gleichberechtigung gegenüber der demokratisch legitimitierten Regierung besaß. Dies entsprach nicht den europäischen Vorstellungen von einer intakten Innenpolitik und die türkische Regierung versuchte durch zb. das Abschaffen der Gleichberechtigung der Türkei gegenüber der

Regierung diese Sonderrolle des türkischen Militärs aufzuheben und ihren Einfluss drastisch zu senken. Dies gelang ihr auch weitgehend, der „Staat im Staate“ hat stark an Einfluss verloren, jedoch ist das Militär immer noch das Staatorgan, welches die Türken am meisten anerkennen und ihm vertrauen.

Außerdem setzt die Türkei andere Prioritäten in der Außenpolitik als die EU-Länder.

Die Verteidigung der Interessen der islamischen Länder ist beispielsweise keine Priorität der türkischen Außenpolitik.

Die Behauptung, dass der Beitritt einen „Clash of Civilizations“ (Kampf der Kulturen) verhindern würde, ist zu bestreiten, da es wohl kaum die Vorurteile gegenüber der anderen Kultur aus der Welt schaffen würde.

Des Weiteren würde die Türkei in der EU-Politik durch die große Bevölkerung bei qualifizierten Mehrheitsbeschlüssen einen großen beziehungsweise einen zu großen Einfluss haben, was das Gleichgewicht der EU-Ländern durcheinander bringen würde und vielleicht auch zu falschen Entscheidungen führen könnte.

Bei einem Beitritt der Türkei in die EU ist es möglich eventuell in Konflikt mit den feindlichen Nachbarländer der Türkei zu geraten, da diese die Aufnahme der Türkei in die Europäische Union als Vertrauensbruch verstehen könnten.

Ein weiterer negativer Aspekt ist, dass die Türkei trotz Aufforderung durch die EU keine moralische Verantwortung für die Menschenrechtsverletzung der Armenier übernimmt, dh. der türkische „Stolz“ bzw. die türkische Religion tritt immer wieder in Konflikt mit den Menschenrechten. Ein weiteres Beispiel hierfür ist zum Beispiel das islamische Frauenverständnis, welches nicht wie von den Menschenrechten bestimmt, eine Gleichberechtigung jedes Individuums gewährleistet. Islamische Frauen werden oft unterdrückt, haben weniger Rechte und werden in einigen Fällen sogar gezwungen Kopftücher zu tragen oder sie werden zwangsverheiratet, um die „Familienehre“ durch einen falschen z.B. nicht islamischen Partner zu beschmutzen. Außerdem gibt es immer noch weitere nicht akzeptable Menschenrechtsverletzungen in der Türkei, es werden zum Beispiel Menschen in Gefängnissen misshandelt und gefoltert.

Es ist daher auch fraglich, ob die Türkei die Reformen aus eigenen Interessen durchführt oder ob die Regierung nur auf die Forderungen der EU reagiert und den notwendigen gesellschaftlichen Wandel gar nicht sieht.

Nach Betrachtung der negativen als auch positiven Aspekte bei einem Beitritt der Türkei als Vollmitglied in die Europäische Union, kommen wir zu dem persönlichen Entschluss, dass die EU zwar positive Vorteile durch eine türkische Vollmitgliedschaft haben würde, aber diese so gering sind, dass die Nachteile deutlich überwiegen.

Außerdem ist die Türkei jetzt schon stark in die EU integriert und ein Beitritt würde die Sache zwar vertiefen aber die Vorteile der EU dadurch nicht verbessern. Es ist fragwürdig, ob eine Vollmitgliedschaft der Türkei wirklich nötig ist um die Vorteile von den jeweils anderen zu ziehen.

Wir sind gegen einen Beitritt, da die Türkei sich zwar bemüht, die Kopenhagener Kriterien zu erfüllen, aber in dem politischen und wirtschaftlichen Kriterium erhebliche Mängel aufweist. Da die institutionelle Stabilität durch die immer noch vorhandene große militärische Rolle in der Türkei nicht vorhanden ist und durch die Rangordnung die Minderheiten nicht geachtet und geschützt werden. Selbst das, was nach außen hin als erfüllt, beziehungsweise verbessert, angesehen wird, ist bei näherer Betrachtung oft nur Schein und keine Realität.

Außerdem erfüllt die Türkei das wirtschaftliche Kriterium nicht, da die Türkei zwar den EU-Binnenmarkt stärken würde, aber keinesfalls die Fähigkeit besitzt, dem Wettbewerbsdruck innerhalb des EU-Binnenmarktes standzuhalten.

Allein das Acquis-Kriterium erfüllt unserer Meinung nach die Türkei genügend.

Außerdem sind die positiven politischen Argumente sehr schwach und widerlegbar.

Außerdem sind die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei nicht zu akzeptieren und ein Vollmitglied der EU kann keineswegs solche unakzeptablen Vorgänge, wie die bei den Menschenrechtsverletzungen vorhanden sind, dulden. Aber einer der wohl ausschlaggebendsten Gründe ist die finanzielle Unmöglichkeit, die Türkei in die EU aufzunehmen, da sie stark

finanziell unterstützt werden müsste und man die Hilfe für andere schwächeren EU-Länder nicht mehr gewährleisten könnte.

Aus diesen Gründen empfehlen wir den Antrag der Vollmitgliedschaft der Türkei vorerst abzulehnen, bis die Türkei die Anforderungen der Kriterien wirklich in die Realität umgesetzt hat. Wenn dies geschehen ist, kann die Türkei wieder einen Antrag stellen und es ist schließlich möglich, die Türkei in die Europäische Union aufzunehmen.

### Ergebnisse Phase 3

Die Ergebnisse der zweiten Phase ergaben kein klares Bild über das Sein oder nicht – Sein eines EU – Beitrittes der Türkei. Dies führte zur Diskussion und Reflexion über das Konzept einer „privilegierten Partnerschaft“ und zum Nachdenken über die nötigen institutionellen Veränderungen nach einer möglichen Vollmitgliedschaft der Türkei.

Im Zusammenhang mit den Vorbereitungen von Verhandlungen der EU mit der Türkei über deren Beitritt wurde statt einer Vollmitgliedschaft auch eine Privilegierte Partnerschaft als mögliches Ergebnis ins Gespräch gebracht. Politiker und Abgeordnete europäischer Parteien, die in einem Beitritt der Türkei eine Überforderung der EU mit der Gefahr einer Rückentwicklung zur Freihandelszone sehen oder die den Beitritt eines Staats, dessen Territorium überwiegend nicht in Europa liegt und dessen Bevölkerung zu mehr als 90 % islamischen Glaubens ist, grundsätzlich ablehnen, sehen eine Privilegierte Partnerschaft als wünschenswerte Alternative zur EU-Mitgliedschaft. Die ‚Privilegierte Partnerschaft‘ geht weit über die zwischen der EU und der Türkei eingegangene Zollunion hinaus: So könnte eine alle Gütergruppen umfassende Freihandelszone geschaffen werden. Weiterhin könnte die Zusammenarbeit vertieft werden – insbesondere zur Stärkung der Zivilgesellschaft, des Umweltschutzes, zur Förderung von Kleinen und Mittleren Unternehmen, im Gesundheits- sowie im Bildungsbereich. Zudem könnte die Türkei verstärkt in die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und in die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik einbezogen werden. Schließlich könnte zur Bekämpfung von Terrorismus, Extremismus und Organisiertem Verbrechen die Zusammenarbeit der Behörden und Institutionen im Innen- und Justizbereich sowie der Geheimdienste deutlich intensiviert werden. Die türkische Regierung hat eine Privilegierte Partnerschaft statt einer Vollmitgliedschaft bisher strikt abgelehnt. Zudem wurde auch seitens der Gruppe das Konzept der „privilegierten Partnerschaft“ kritisch kommentiert. Sicherlich würde ein solcher Weg die bisherigen Schritte und Bemühungen der Türkei teilweise diskreditieren. Inwieweit die EU auf die genannten Bereiche tatsächlich Einfluss hätte, bleibt aufgrund des stark intergouvernementalen Aufbaus einer solchen Partnerschaft ebenfalls offen.

Nicht Intergouvernementalismus, sondern Supranationalismus ist die Antwort auf die Probleme einer Vollmitgliedschaft der Türkei. Blicke es bei intergouvernementalen Strukturen, könnte ein Beitritt der Türkei weitere Hemmnisse bringen. Mehr Integration wagen! Mehr Europa wagen! Ist Europa sich selbst sicher, so könnte ein Beitritt der Türkei nur fördernd sein.

# Meetingpoint Music Messiaen, Görlitz-Zgorzelec

---

## Ausgangssituation der Europastadt Görlitz-Zgorzelec

Unsere Europastadt Görlitz-Zgorzelec ist eine Zwillingstadt, wo zwei Sprachen - Deutsch und Polnisch - gesprochen werden. Das bringt natürlich sowohl Chancen, als auch Barrieren mit sich, weil nicht alle Einwohner beide Sprachen beherrschen.

Die polnische und deutsche Jugend hat hier die Möglichkeit, sich auszutauschen und gegenseitig kennenzulernen. Wichtig ist für uns, dass jetzt schon viele Kinder und Jugendliche zweisprachig sind, denn wir haben deutsch-polnische Kindergärten und Schulen. Wir haben zwar noch keine Kinos mit Untertiteln, aber im Theater in Görlitz gibt es ja schon Obertiteln auf Polnisch.

Unser Ziel ist es also, durch unsere Zusammenarbeit dazu zu führen, dass die nach dem Krieg geteilte Stadt wieder EINE Stadt (nur mit zwei Sprachen) wird, wo wir uns alle wohl fühlen und beide Sprachen gut verstehen.

Im Laufe unserer Arbeit wollen wir daher Vorschläge und Ideen entwickeln, wie wir dieses Ziel erreichen können.

Wie ist das bei euch? Habt ihr auch ähnliche Erfahrungen?

## Ergebnisse der Phase 1

Results for phase 1 are still missing!

Ergebnisse der Phase 1 fehlen noch!

Les résultats pour la phase 1 manquent encore!

## Ergebnisse der Phase 2

Results for phase 2 are still missing!

Ergebnisse der Phase 2 fehlen noch!

Les résultats pour la phase 2 manquent encore!

## Ergebnisse der Phase 3

(1) Mit welchen demokratischen Strukturen, die in Phase 2 diskutiert wurden, können die Probleme gelöst werden?

Alle in erarbeiteten Vorschläge werden wir in den demokratischen Gremien, die in beiden Stadthälften existieren, nicht nur zur Diskussion stellen, sondern Schritt für Schritt gemeinsam mit diesen Institutionen verwirklichen.

(2) Wie kann die Partizipation vor allem junger Menschen erfolgen?

Um unsere Vorschläge gemeinsam mit dem Stadtrat auf beiden Seiten und den dazugehörigen Verwaltungen umsetzen zu können, werden wir an allen Stadtratssitzungen (öffentlich) teilnehmen, um beiden Gremien zu vermitteln, dass wir nicht nur an der Lösung und/oder Umsetzung unserer Vorschläge interessiert sind, sondern auch alle Fragen, die die Kommunen in Görlitz und Zgorzelec betreffen mit bedenken, darüber diskutieren und möglicherweise dazu auch Vorschläge unterbreiten.

(3) Wo kannst du als Einzelner etwas beitragen und Verantwortung übernehmen?

Die Lösungsvorschläge, die wir machen, sind von vorne herein so angelegt, dass jeweils Einzelne und/oder eine kleine Gruppe von uns sich aktiv an der Umsetzung beteiligen kann und/oder

wird.

(4) Wie kann die Nachhaltigkeit der Lösungen gesichert werden?

Alle unsere Vorschläge sind vom Moment ihrer Realisierung an besonders innerhalb der ersten beiden Bereiche für alle jeweils betroffenen Einwohner der Doppelstadt erkennbar und hilfreich.